

Kommentar

Peter Bußjäger

Plan V



Bundeskanzler Christian Kern hat seine Liebe zur direkten Demokratie entdeckt und den Österreichern für den Fall einer Regierungsbeteiligung der SPÖ eine Volksbefragung über eine Verwaltungsreform versprochen. Danach würde sich die Regierung an die Umsetzung machen und das fertige Paket einer Volksabstimmung unterziehen. Schon jetzt findet die SPÖ, dass Bildung, Gesundheit und Pflege zentral, also von Wien aus, geregelt werden sollen.

Dieses Instrument erlaubt auch suggestive Fragestellungen, womit sich fast jedes gewünschte Ergebnis erzielen lässt.

Wer sich stets für eine Stärkung der direkten Demokratie eingesetzt hat, steht einer unmittelbaren Mitwirkung des Volkes bei wichtigen Entscheidungen sicherlich nicht ablehnend gegenüber. Der Hintergedanke des „Plans V (Volksbefragung)“ besteht allerdings weniger darin, die direkte Demokratie

in Österreich zu befördern, als vielmehr die Länder weitgehend abzuschaffen.

Bundeskanzler Kern weiß natürlich von seinen Beratern, dass die Verfassung für die von ihm offenbar angestrebte massive Schwächung der Länder nicht nur eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat und im Bundesrat vorschreibt, sondern auch eine Zustimmung des Bundesvolks in einer Volksabstimmung.

Um einem solchen Projekt überhaupt den erforderlichen politischen Rückhalt zu verschaffen, will er zuvor eine Volksbefragung durchführen lassen. Dieses Instrument erlaubt auch suggestive Fragestellungen, womit sich fast jedes gewünschte Ergebnis erzielen lässt. So wurde beispielsweise vor nicht allzu langer Zeit in Wien gefragt, ob die U-Bahn die ganze Nacht fahren soll.

Es verwundert nicht, dass ausgerechnet die in direkter Demokratie so gut erprobten Schweizer und Liechtensteiner das Instrument der Volksbefragung, das zu manipulativen Fragestellungen verleitet, kaum gebrauchen.

Wenn der Reformeifer des Bundeskanzlers so groß ist, muss man sich fragen, warum er es zugelassen hat, dass eine vor etwa einem Jahr von der Bundesregierung eingesetzte Arbeitsgruppe zur Staatsreform nur ein einziges Mal getagt hat und dabei lediglich Standpunkte ausgetauscht hat.

peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.